

das Engagement junger Menschen für den Frieden nicht mehr konsequent verurteilen, sondern mußte sich selbst reu bleiben" (S. 40). Aber genügt dieses Zugeständnis von Besier/Wolf? "Mußte" die Kirche oder wollte sie nicht vielmehr ihrem Ansatz treu bleiben? Die Frage der Methode allerdings, in der das Friedenszeugnis zum Tragen kommen sollte, war umstritten. Und hier hat die Kirche mehr auf die diplomatische, gesprächsfreundliche Vorgehensweise gesetzt. Im Grundsätzlichen gab es keinen Dissens.

Mit diesen Bemerkungen soll auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, über die jüngste Vergangenheit intensiv zu sprechen. Hier werden grundsätzliche Rückfragen gestellt, die nicht einfach überhört werden können. Ein Vergleich mit kircheninternen Gesprächsprotokollen aber auch das Nachprüfen der Redebeiträge auf Synoden und in Sitzungen von denjenigen, die als IM geführt wurden, ist dabei eine nicht mehr zu vernachlässigende Aufgabe. (vergl. z.B. S. 22f.).

Das Verhältnis Basisgruppen zur Kirche ausgewogen beurteilen

Die bevorzugte Perspektive der Basisgruppen wäre auch bei anderen Sachverhalten anzufragen. Hierzu ist die Bewertung des Rückhaltes der Basisgruppen in der Bevölkerung zu rechnen. Es ist noch zu klären, ob Besier/Wolf mit ihrer Einschätzung der Verhältnisse um 1983 recht haben: "Der DDR-Bevölkerung blieb auch nach der Krise der Friedensbewegung die Erfahrung, welchen Einfluß frei organisierte, unabhängige Basisgruppen entfalten können und welches Protestpotential in der emotionalen Mobilisierung von 'Betroffenen' steckt" (S. 42). Lediglich die Auswanderer erreichten mit ihrer eigenen Entschiedenheit und dem Gefühl des Verlustes, den die Zurückgebliebenen in ihrem Bekanntenkreis hinterließen, eine entsprechende Tiefenwirkung, die allerdings mehr zur Depression als zum Handeln führte.

Die einseitige Sicht aus der Perspektive der Basisgruppen verkennt auch die repressiven Mittel der DDR-Regierung. (Siehe auch S. 10 dieses Beitrages). Es ist das Verdienst der Basisbewegungen, sich darauf nicht fixiert zu haben. Es ist das Verdienst der Kirchen, die Gespräche und Verhandlungen mit den Regierungen ebenso wie mit der Opposition immer wieder ermöglicht und zur Gewaltlosigkeit gemahnt zu haben. Die Veränderung der Verhältnisse 1989 wurde jedoch durch ein zusätzliches Bündel von weiteren Faktoren bewirkt. Dazu gehört vor allem der Wille Gorbatschows, nicht wie in China militärisch eingreifen zu lassen, dazu gehören die Veränderungen in Polen und in Ungarn, die langfristige und wirksame Ausgleichspolitik innerhalb Europas und zwischen den